

1 **Jetzt ist Zeit zu handeln.**

2 Das Ergebnis der SPD bei der Europawahl muss alle Alarmglocken schrillen lassen: Die SPD
3 ist in einer Situation, in der sie nicht mehr annähernd als mehrheitsführender, gewichtiger
4 Akteur einer progressiven Politik links der Mitte wahrgenommen wird. Inhaltlich fehlt es an
5 Profil; Wähler*innumfragen und Rückmeldungen zeigen, dass die meisten Menschen nicht
6 wissen, wofür unsere Partei steht. Zudem trauen uns die Menschen nicht zu, für die Fragen
7 der Zukunft Antworten und Orientierung zu geben. Damit werden wir uns nicht abfinden.

8 **Wenn Europa die Antwort ist, was ist dann die Frage?**

9 Selten hat es in der Geschichte des Europaparlamentes einen zaghafteren und
10 ausdrucksloseren Wahlkampf der SPD gegeben. Zwar ist die Spitzenkandidatin der SPD die
11 einzige Kandidatin mit einem akzeptablen Bekanntheitsgrad in der Wahlbevölkerung, ihre
12 Doppelrolle als Bundesjustizministerin und Spitzenkandidatin hat aber dazu geführt, dass die
13 mangelnde Beliebtheit der GroKo in die Europawahlkampagne getragen wurde. Insbesondere
14 die jüngeren Wähler*innen haben ihre Rolle beim Thema Urheberrechtsreform und drohende
15 Uploadfilter zu Recht kritisiert. Hier wurde die Chance vertan, über einen frühzeitigen Rücktritt
16 vom Ministerinnenamt eine potentiell starke Kandidatur gut aufzubauen und über inhaltliche
17 Glaubwürdigkeit, v.a. gegen einen unter-präsenten CSU-Weber, bis zum Wahlerfolg zu tragen.
18 Von zentralen Botschaften in einer Wahlkampagne kann angesichts des späten Beschlusses
19 des Wahlprogramms zur Europawahl im März dieses Jahres keine Rede sein. Das hat zum
20 einen dazu geführt, dass eine angemessene an Inhalten ausgerichtete organisatorische
21 Vorbereitung des Wahlkampfes vor Ort verzögert wurde und zum anderen die inhaltliche
22 Befassung der ehrenamtlichen Basis mit den Themen kaum noch möglich war. Das Ergebnis
23 waren Wahlkampfaktionen ohne jeglichen inhaltlichen Bezug zum Wahlprogramm. Hier zeigt
24 sich, dass Waffeln eben nicht die Antwort sind, die Verbindung konstruiert ist und eine
25 Verknüpfung zu Inhalten ausbleibt.

26 Es war kaum erkennbar, für welches Europa die SPD steht. Einzig Frans Timmermans hat
27 bei seinen Auftritten klar die Perspektive eines sozialen Europas benannt und dargestellt, an
28 welchen Stellschrauben wir drehen müssen. Die Ergebnisse in den Niederlanden geben ihm
29 Recht: Mit klaren und mutigen Ansagen und einer eindeutigen Abgrenzung können
30 Wähler*innenstimmen gewonnen werden.

31 Zahlreiche Studien belegen, dass für viele Bürger*innen in Europa und auch in Deutschland
32 kein Widerspruch zwischen nationaler Identität und europäischem Selbstverständnis besteht.
33 Hier hätte die Kampagne der SPD ansetzen und unsere Vorstellung von einem sozialeren
34 Europa vermitteln müssen. Für einen europäischen Mindestlohn, gegen Lohndumping oder
35 Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch EU-Gelder - von dem deutschem Spitzenduo
36 war dazu selten etwas zu hören. Die zentrale Kampagne der Bundespartei und ihre Materialien
37 gaben ihnen auch wenig Gelegenheit dazu – es dominierte ein Wohlfühlwahlkampf, der mit
38 der Lebenswahrnehmung gerade der vielen potenziellen Wählerinnen und Wähler hierzulande
39 wenig zu tun hatte. In der aktuellen sehr politisierten Stimmung ist die Grundbotschaft „Europa
40 ist wichtig!“ zu generell und zu unfokussiert. Sie geht an der Alltagswahrnehmung der
41 Menschen, die eben auch kritische Auswirkungen europäischer Politik umfasst, vorbei. Dabei
42 hätte die SPD hier eine beachtliche Lücke in der Parteienlandschaft füllen und einen
43 realistischen, sowohl wertebasierten als auch lösungsorientierten Umgang mit der
44 Migrationsthematik zum Grundsatz machen können. Auf Grundlage sozialdemokratischer
45 Werte hätte man reale Probleme identifizieren, über sogar vorhandene programmatische
46 Forderungen Lösungsansätze aufzeigen und damit ein inhaltliches Gegenangebot zum
47 Rechtspopulismus machen können. Das Wahlprogramm forderte etwa eine europaweite
48 Unterstützung von Regionen, die durch Migration besonders herausgefordert werden. Die
49 sozialdemokratische Antwort wäre ein Kampf gegen diese sozialen Schief lagen gewesen.

50 Dabei kann es auf Dauer nur eine sozial gerechte Freizügigkeit für alle geben, wenn die
51 sozialen Ungleichgewichte bekämpft werden, die zu Binnenmigration benachteiligter
52 Menschen führen und eine gemeinsame Grenz- und Asylpolitik mit Blick auf die Lage der
53 Staaten an der europäischen Peripherie erarbeitet wird. Die AfD erringt Wahlerfolge in den
54 SPD-Hochburgen des nördlichen Ruhrgebiets vor allem über Kritik an Armutsmigration und
55 dadurch befeuerten Konflikten in ohnehin von Arbeitslosigkeit und Armut geprägten
56 Straßenzügen. Die Brexit-Befürworter*innen haben die Diskussion durch Vorurteile gegenüber
57 aus östlichen EU-Staaten einwandernde Arbeitskräfte befeuert, die als Billigkonkurrenz
58 geschmäht wurden. Die italienischen Populisten konnten nur die Regierung übernehmen, weil
59 die anderen EU-Mitgliedsstaaten, auch und vor allem Deutschland, die sozialdemokratische
60 Vorgängerregierung beim Grenzschutz und in der Verteilungsfrage im Stich gelassen haben.
61 Deshalb muss es klare Ziele zu einer gemeinsamen europäischen Migrationspolitik geben.
62 Während des Wahlkampfes war davon nicht zu hören, ein offensives Bekenntnis zu einer
63 menschenrechtsfundierten Flüchtlingspolitik fehlte. Die Forderung nach einem zivilen
64 Seenotrettungsprogramm war nicht zu vernehmen. Das nächste Jahrzehnt muss in Europa
65 eine Dekade der Zukunftsinvestitionen werden: für den Klimaschutz, für die Förderung des
66 sozialen Wohnungsbaus, für Bildung und Forschung, für die Gestaltung der alternden
67 Gesellschaft. Die Politik der Austerität ist ein Projekt alter gescheiteter neoliberaler
68 Finanzpolitik, die es zu überwinden ist.

69 **Der Anfang war gemacht.**

70 Zum ersten Mal nach langer Zeit ist die SPD mit einem inhaltlichen Vorstoß abseits der
71 Koalitionsthemen an die Öffentlichkeit gegangen. Mit der Vorstellung des neuen
72 Sozialstaatskonzepts und der Grundrente bestimmte die SPD die Diskussion um die soziale
73 Gerechtigkeit und Verteilungsfragen. Und wir wurden belohnt: Die Umfragewerte kletterten um
74 fast drei Prozent nach oben, die Union reagierte reflexartig, die Medien honorierten unseren
75 Vorstoß. Aber: Danach wurde es wieder still und eine Gesamtstrategie lässt auf sich warten.

76 **Das zeigt drei Dinge:**

- 77 1. Wir können Vertrauen zurückgewinnen. Wenn wir mit guten, ausgereiften Forderungen
78 an die Öffentlichkeit gehen und diese sachlich diskutieren, traut man der SPD zu, die
79 Probleme der Zeit zu lösen. Aber wir dürfen das Vertrauen nicht verspielen, sondern
80 müssen Haltung bewahren und Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Forderungen dürfen
81 nicht verwässert werden. Die Grundrente mit dem neuen Finanzierungsansatz ist ein
82 aktuelles Beispiel und ein wichtiges Instrument für eine wirkliche Verbesserung für die
83 Menschen.
- 84 2. Mutige Vorschläge müssen mit der notwendigen Bereitschaft zur politischen
85 Kontroverse unterfüttert sowie im Rahmen einer langfristig geplanten Gesamtstrategie
86 gedacht werden. Heiß geführte Debatten über politische Konzepte sind gut – für uns
87 als Partei und für eine funktionierende Demokratie. Wir als Partei müssen uns ihnen
88 geschlossen und entschlossen stellen.
- 89 3. Wir müssen Grundsatzdebatten – über die Verteilung von Vermögen und Chancen,
90 über die Rolle von Großkonzernen in der Gesellschaft, über Klimawandel und über
91 Alternativen zum Turbo-Kapitalismus – raus aus unserer Partei und rein in die
92 Gesellschaft bringen. Nicht wir Genoss*innen sollen uns verbal die Köpfe einschlagen,
93 sondern die solidarische SPD den Ewiggestrigen und Neoliberalen!

94 **Causa Kühnert oder warum der demokratische Sozialismus kein Schimpfwort ist.**

95 Auf der Suche nach einem „schwarzen Peter“ haben viele schon jetzt einen Schuldigen
96 gefunden. Im Nachgang zu Kevin Kühnerts Interview in der ZEIT und in der daran
97 anschließenden Debatte hoben viele den Zeigefinger und behaupteten, das Interview habe

98 der Europawahlkampagne geschadet und würde zu einem bescheidenen Abschneiden der
99 SPD bei der Europawahl führen. Spätestens seit der Diskussion anlässlich des
100 Mitgliedervotums über den Koalitionsvertrag und den Eintritt in die GroKo dürfte dem
101 Parteivorstand klar sein, wie groß das Bedürfnis der SPD-Mitglieder danach ist, ganz
102 grundsätzliche Debatten über den Zustand unserer Gesellschaft und die Rolle der SPD dabei,
103 zu führen. Zunächst schien es auch so, als habe der Parteivorstand verstanden. Die guten
104 Vorschläge zur Grundrente, zur Arbeitslosenversicherung und zur Pflege waren im Empfinden
105 vieler Parteimitglieder ein notwendiger Schritt, aber erst der Anfang. Angebote zur weiteren
106 Diskussion blieben aus. Mit einem Papier beantwortet man nicht alle Fragen zu einem
107 grundlegend neuen Sozialstaatskonzept. Wir müssen den Menschen zeigen, was das für ihr
108 konkretes Leben bedeutet und auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen. Wir brauchen
109 grundlegende strukturelle Reformen des Wohlfahrtsstaates, die v.a. auf biographische
110 Selbstbestimmung und die Stärkung solidarischer Ressourcen abzielen. Wir müssen massiv
111 und konjunkturunabhängig in den Ausbau von Pflege, Erziehung und weiterer sozialer Dienste,
112 sozialen und insbesondere öffentlichen Wohnungsbau, Bildung und Mobilität sowie
113 ökologische Erneuerung investieren. Die Spar- und Entstaatlichungspolitik besonders der
114 2000er Jahre hat zu einer Krise der öffentlichen Infrastruktur geführt, die Investitionen der
115 letzten Jahre reichen bei weitem nicht aus, um die Lücken zu schließen. Es geht auch um ein
116 gutes Leben für alle in Europa und weltweit. Hierfür brauchen wir u.a. eine faire Handelspolitik
117 und eine solidarischere Wirtschaftspfad- und Lebensweise, die anderen nicht ihre
118 Lebensgrundlage nimmt und weltweit zu mehr guter Arbeit, Gesundheit und Wohlstand führt.

119 Natürlich ist es legitim, zu den Themen, die Kevin Kühnert aufgegriffen hat, unterschiedlicher
120 Meinung zu sein. Aber die Art, wie große Teile des Parteivorstandes versucht haben, die
121 Diskussion über Verteilungsgerechtigkeit, die Krisen des Kapitalismus und unseres
122 Kapitalismusmodells sowie eine demokratische Wirtschaft in unserer Gesellschaft zu
123 unterdrücken, statt mit Vorschlägen oder Alternativen zu antworten und so einen breiten
124 Diskurs anzustoßen, ist irritierend. Der demokratische Sozialismus ist als Ziel für die
125 Sozialdemokratie in unserem Grundsatzprogramm verankert und mehr als ein
126 Lippenbekenntnis. An der Reaktion zeigt sich jedoch vor allem eins – die SPD und ihre
127 Führung haben keine Vorstellung mehr davon, wie die Zukunft unserer Gesellschaft nicht nur
128 in den nächsten zehn, sondern in 30 oder 50 Jahren aussehen soll und welche im Wortsinne
129 Generationenprojekte wir anstoßen müssten, um diese Zukunft zu verwirklichen. Wir brauchen
130 ein neues Wirtschaftsmodell mit mehr demokratischem Einfluss auf ökonomische
131 Entscheidungen. Mehr Wirtschaftsdemokratie bedeutet mehr solidarische Freiheit. Das heißt
132 u.a., wieder die Frage des Eigentums v.a. bei gesellschaftlichen Gütern wie Wohnen und
133 Gesundheit usw. aber auch nach der demokratischen Steuerung von gesellschaftlichen
134 Investitionsentscheidungen. Formen solidarischer Ökonomie wie z.B. Genossenschaften sind
135 zu fördern und ebenso auszubauen wie das demokratische Mitentscheiden der Beschäftigten.
136 Flächentarifverträge müssen u.a. durch Allgemeinverbindlichkeit alle Arbeitnehmer*innen
137 erfassen und ihnen Schutz und Perspektiven bieten.

138 Vielleicht hat gerade dieser Eindruck der Orientierungslosigkeit und Ängstlichkeit vor den
139 notwendigen Grundsatzdebatten der Europawahlkampagne geschadet. Im Kern wird an der
140 Causa Kühnert deutlich, dass die Diskussion, über die zukünftige Ausrichtung der SPD,
141 zwingend geführt werden muss. Der Parteivorstand hat eine wichtige Chance verpasst, diesen
142 Selbstbestimmungsprozess voran zu treiben.

143 Wir sind davon überzeugt, dass die große historische Mission unserer Partei – für eine bessere
144 und gerechte Gesellschaft, für Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu kämpfen – auch heute
145 wichtig ist. Vielleicht so wichtig, wie lange nicht mehr. Unsere SPD braucht jetzt einen
146 Kurswechsel, um nicht weiter in der Bedeutungslosigkeit zu versinken. Die negative
147 Entwicklung der letzten Jahre muss durch eine inhaltliche Zuspitzung und personelle

148 Neuaufstellung klarer Kommunikation und Wiedererlangung der Kampagnenfähigkeit gestoppt
149 werden.

150 **Die Jugend hat eine Stimme - Wir müssen sie hören!**

151 In einer Zeit zunehmender Politisierung, der Rückkehr sozialer Bewegungen und Proteste geht
152 die Sprache der SPD und ihr technokratischer und einseitig regierungslogischer Politikstil an
153 den Bedürfnissen vieler Menschen insbesondere der jungen Generationen, ihrer
154 Wahrnehmung der mehrfachen sozialen und ökologischen Krisen vorbei. Sie muss wieder
155 lernen, Konflikte auszutragen und stärker zu polarisieren. Angebote des Dialogs und zum
156 Mitmachen erscheinen schnell unglaubwürdig, wenn sie unverbindlich und politisch folgenlos
157 bleiben. Die SPD hat bislang große Chancen verpasst, ausreichende und solidarische
158 Antworten auf die Mieter*innenproteste, die Flüchtlingshilfebewegung, die
159 Globalisierungskritik (Stichwort CETA und TTIP) oder jüngst friday's for future zu geben.
160 19,85 Millionen Menschen in Deutschland sind jünger als 25 Jahre, davon 6,3 Millionen
161 zwischen 18 und 24. Bis zur nächsten Bundestagswahl werden 2,4 Millionen Menschen
162 volljährig und damit wahlberechtigt. Das sind die Jugendlichen zwischen 15 und 17 Jahren,
163 die seit Monaten gegen den Klimawandel, gegen Uploadfilter, gegen Nazis auf die Straße
164 gehen. Es ist erfreulich, dass junge Menschen eine Meinung haben und diese auch
165 artikulieren. Wir müssen neue Wege finden, um in den Dialog mit den tausenden Jugendlichen
166 auf der Straße zu treten, um den gefühlten Abstand zu den Parteien zu verringern. Wir müssen
167 Beteiligungsplattformen schaffen, die der Mediennutzung der jungen Menschen in
168 Deutschland entsprechen und wieder das Sprachrohr der Jugend werden. Social-Media
169 Kanäle können mehr sein, als digitale Terminkalender und der Post vom Hundertsten Info-
170 Stand. Wir wollen das breite Spektrum und die Möglichkeiten der Medienwelt nutzen. Denn
171 wir müssen aufpassen, dass die SPD nicht den Anschluss an die junge Generation verliert.
172 Politische Forderungen werden heute lautstark im Internet und bei Protesten artikuliert.
173 Forderungen bleiben aber Forderungen, wenn sie nicht in konkretes politisches Handeln, wie
174 zum Beispiel Gesetze, übersetzt werden. Es ist gefährlich, in einer komplexen und
175 pluralisierten Welt schnelle einfache Antworten zu geben. Die Suche nach der besten Lösung
176 kann über Monate andauern. Ein politisches System zeichnet sich durch Stabilität aus. Aber
177 wir müssen darin als Parteien flexibler, innovativer, direkter werden. Politik muss
178 Auseinandersetzung und auch Interessensausgleich sein. Wir müssen verhindern, dass das
179 Vertrauen in Parteien und andere demokratische Institutionen weiter abnimmt. Deshalb
180 müssen wir die Vorbehalte und leider auch Vorurteile gegenüber Parteien abbauen. Parteien
181 sind notwendig für das politische System in Deutschland und sie müssen aber gut
182 funktionieren – vor allem im Miteinander mit allen Menschen in Deutschland.
183 Parteiprogrammatik ist nicht abgeschlossen und Kritik angebracht. Wir sind kritikfähig und
184 wollen auf die gesellschaftlichen Bewegungen hören.

185 **Daraus ergeben sich aus unserer Sicht zwingend folgende Forderungen:**

186 1. Aus der NRWSPD sind wichtige Impulse zur Debatte um die Neuausrichtung des
187 Sozialstaates gekommen. Unser gemeinsamer Auftrag ist jetzt, diese Ansätze zu
188 einem Gesamtkonzept zusammenzufügen und unsere Vorstellung von einem
189 modernen Sozialstaat wiederzugeben. Beginnend mit der Abschaffung von HartzIV,
190 über das Rentenkonzept unter Einbeziehung einer steuerfinanzierten Grundrente ohne
191 Bedürftigkeitsprüfung, bis hin zu einem gerechten Gesundheitssystem, das für alle
192 Bürger*innen einen gleichberechtigten Zugang zu medizinischen Leistungen
193 gewährleistet. Wir müssen mit unserer Vorstellung von einer gerechten Gesellschaft
194 an die Öffentlichkeit gehen und nicht mit einem Hauen und Stechen um die

195 Deutungshoheit unseres Grundsatzprogramms. Die Beschlüsse sind vorhanden. Es
196 wird Zeit sie auch einzufordern und sie nicht in die Waagschale der Großen Koalition
197 zu legen.

198 2. Eine zukunftsgerichtete Steuerpolitik ist die Basis für eine gerechtere Verteilung von
199 Einkommen und Vermögen in unserem Land. Mit den Unionsparteien und der FDP ist
200 keine gerechte Steuerpolitik zu machen. Hier müssen wir den Unterschied zu den
201 bürgerlichen Parteien sichtbar machen.

202 3. Die Lebensperspektiven und -chancen der Menschen dürfen nicht vom Wohnort
203 abhängen. Alle Kommunen müssen handlungsfähig sein. Die bisher ergriffenen
204 Maßnahmen zum Erhalt der Handlungsfähigkeit der Kommunen sind nicht ausreichend
205 und werden nicht als hilfreiche Maßnahmen wahrgenommen. Zur Angleichung der
206 Lebensverhältnisse in unseren Städten und Kreisen sind ein Altschuldenfond und eine
207 Entlastung von Sozialleistungen unverzichtbar.

208 4. Das Herz der Sozialdemokratie ist die Partei. Nach Jahren der Regierungsbeteiligung
209 ist der Unterschied zwischen SPD-Positionen und Regierungskompromissen nicht
210 mehr erkennbar. Die politische Auseinandersetzung demokratischer Kräfte im
211 Parlament, in der Partei und in der Öffentlichkeit sind aber notwendige
212 Voraussetzungen für das Funktionieren der Demokratie – deren Fehlen hat das
213 Erstarken der Rechten erst ermöglicht. Die Gesellschaft braucht eine starke und
214 handlungsfähige Sozialdemokratie. Dazu müssen wir Antworten auf Probleme und den
215 Herausforderungen unserer Zeit finden und endlich wieder mit SPD-pur Forderungen
216 an die Öffentlichkeit gehen. Die Parteiführung kann dabei Impulsgeber sein und
217 gleichzeitig die Parteibasis angemessen einbeziehen und sich deutlich von
218 neoliberalen und rechten Positionen abgrenzen. Personalvorschläge für den
219 Parteivorsitz müssen sich daran orientieren. Das Führungspersonal muss dabei unser
220 Grundsatzprogramm kennen und nach innen und außen glaubwürdig repräsentieren.

221 5. Wir müssen veraltete Strukturen in der Partei aufbrechen und jeden Stein umdrehen.
222 Wir brauchen eine grundlegende Debatte über die strukturelle und organisatorische
223 Aufstellung der Partei. Es geht um Fragen der Kampagnenfähigkeit, träge Strukturen,
224 Nachwuchsförderung und um neue Ansätze, wie wir mit der Gesellschaft ins Gespräch
225 kommen. Es geht aber auch um die Rolle von Partei- und Fraktionsvorstand in
226 Regierungsverantwortung und in Oppositionszeiten. Wir müssen Reformvorschläge
227 sammeln und mit der nötigen Offenheit in der Partei diskutieren und anschließend
228 umsetzen.

229 6. Wir fordern zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen Bundesparteitag zu dem
230 vorgesehenen Revisionsprozess zur Halbzeit-Bilanz der GroKo. Im Vorfeld erwarten
231 wir eine breite Beteiligung der Mitgliedschaft auf allen Ebenen.

Gez.

- **Britta Altenkamp**, MdL
- **Volkan Baran**, MdL
- **Inge Blask**, MdL
- **Oliver Büschgens**, stellv. UB-Vorsitzender Mönchengladbach, Ortsvereinsvorsitzender
- **Manuel Bunge**, Mitglied im Vorstand der SPD-Lüdenscheid
- **Frederick Cordes**, Mitglied im Landesvorstand der NRWSPD
- **Folke große Deters**, Vorsitzender der AsJ NRW
- **Gordan Dudas**, MdL
- **Fabian Ferber**, Kreistagsabgeordneter Märkischer Kreis | Vorsitzender des SPD-Stadtverbands Lüdenscheid
- **Jaron Fiedler**, Juso AG Kierspe

- **Marcel Franzmann**, stellvertretender SPD Kreisvorsitzender Höxter
- **Josephine Gauselmann**, stellvertretende Vorsitzende SPD Mönchengladbach
- **Susana dos Santos Hermann**, MdL
- **Daniela Jansen**, Landesvorsitzende der AsF NRW
- **Lisa Kapteinat**, MdL
- **Nadia Khalaf**, Vorsitzende AG Migration und Vielfalt in der NRWSPD
- **Hussien Khedr**, Stellvertretender Vorsitzender AG Migration und Vielfalt in der NRWSPD
- **Karina Klose**, Vorsitzende der Jusos Rhein Kreis Neuss
- **Hans-Willi Körfges**, MdL
- **Lars Kuhlmeier**, Schatzmeister Kreisverband Rhein-Kreis Neuss
- **Stefan Kugel**, stellvertretender Vorsitzender OV Kierspe
- **Dr. Martin Mertens**, Bürgermeister der Gemeinde Rommerskirchen
- **Vincent-Raphael Misz**, stellvertretender Vorsitzender OV Dortmund Südweststadt
- **Frank Müller**, MdL
- **Elisabeth Müller-Witt**, MdL
- **Christoph Nießen**, SPD-Ratsmitglied Mönchengladbach
- **Thomas Oppermann**, SPD-Vorsitzender Stadtbezirk Dortmund Innenstadt-Nord
- **Benjamin Prischkow**, stellvertretender Vorsitzender Jusos Märkischer Kreis
- **Isabel Razanica**, Mitglied im Landesvorstand der NRWSPD
- **Jacob Riemekasten**, OV Dortmund Nordende
- **Andreas Rimkus**, MdB | Vorsitzender SPD Düsseldorf
- **Daniel Rinkert**, Vorsitzender der SPD im Rhein-Kreis Neuss
- **Jennifer Schug**, Mitglied im Landesvorstand der NRWSPD | Stadtverbandsvorsitzende SPD Dorsten
- **Anna Spaenhoff**, Mitglied im Landesvorstand der NRWSPD
- **Fabian Spies**, Landesvorsitzender der NRWSPDqueer- Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung
- **Maria Tepperis**, stellvertretende Vorsitzende SPD Essen
- **Sebastian Watermeier**, MdL
- **Markus Herbert Weske**, MdL

- **Albert Nedosyp**, Juso AG Kierspe
- **Alexander Temp**, OV Iserlohn-Letmathe
- **Ali Dogan**, SPD Sankt Augustin
- **Alina Meuser**, Juso AG Schwelm
- **Andrea Hüsken**, SPD-Ortsvereinsvorsitzende Obereving-Kemminghausen
- **Andrea Stock**, OV Herscheid
- **Anneli Palmen**, SPD Vorsitzende Kaarst
- **Bernd Kaiser**, Vorsitzender AG 60plus Lüdenscheid
- **Bianca Voß**, OV Menden
- **Birgit Wohlgemuth-Berger**, OV Kierspe
- **Birthe Schildknecht**, Juso AG Lüdenscheid
- **Cara Berger**, Beisitzerin Juso AG Kierspe
- **Caroline Wahl**, Juso AG Lüdenscheid
- **Christian Pohlmann**, OV Nachrodt-Wiblingwerde
- **Christin Spangenberg**, Bildungsbeauftragte SV Lüdenscheid
- **Christoph Kerper**, OV Altena, sachkundiger Bürger

- **Clemens Bien**, stellvertretender Vorsitzender UB Märkischer Kreis
- **Dilara Yaman**, Juso AG Lüdenscheid
- **Dobbin Weiß**, SPD Kreistagsfraktion Märkischer Kreis
- **Dominik Hass**, Vorstand SV Lüdenscheid
- **Eva Kitz**, Unterbezirksvorstand Märkischer Kreis
- **Fabiola Ricciardi**, Vorsitzende Jusos Siegen-Wittgenstein
- **Florian Pinnow**, Vorsitzender Juso AG Solingen
- **Frank Pierskalla**, OV Herscheid
- **Friedbert Müller**, Vorsitzender der AG 60+ Iserlohn
- **Friedrich-Wilhelm Werner**, OV Kierspe
- **Gabriel Faber**, SPD-Vorsitzender Stadtbezirk Innenstadt-Ost
- **Gerd Kienel**, OV Meinerzhagen
- **Gianluca Bruno**, stellvertretender Fraktionsvorsitzender in der Bezirksvertretung Gelsenkirchen-Süd
- **Heike Berlinski**, SV Iserlohn
- **Heinz Kiaulehn**, OV Menden
- **Ilayda Agdemir**, Juso AG Lüdenscheid
- **Ingo Günnewicht**, OV Menden
- **Iris Kannenberg**, SV Lüdenscheid
- **Irmgard Ibrom**, OV Altena
- **Jamel Hellwig**, Juso AG Lüdenscheid
- **Jan Jellesma**, OV Schalksmühle
- **Julia Lakirdakis-Stefanou**, OV Vorsitzende Paderborn
- **Julia Maria Gärtner**, Juso AG Lüdenscheid
- **Kari Lenke**, stv. Vorsitzende Juso AG Lüdenscheid
- **Karl-Heinz Blasweiler**, SV Lüdenscheid
- **Klaus Berlinski**, SV Iserlohn
- **Klaus Müller**, OV Kierspe
- **Klaus Schwabe**, SV Lüdenscheid
- **Leandra Moeser**, Vorsitzende Jusos MK
- **Lothar Hellwig**, SV Lüdenscheid, Ratsherr
- **Lukas Gottschalk**, Vorsitzender OV Hürth
- **Matthias Hunke**, OV Iserlohn Nordwest
- **Matthias Riad Miro**, OV Iserlohn Zentrum
- **Melisa Yaman**, Juso AG Lüdenscheid
- **Metehan Ugurlu**, Juso AG Lennetal
- **Nadja Dreisbach**, Juso AG Lüdenscheid
- **Nic Schnippering**, stv. Vorsitzender Jusos MK
- **Niclas Kozuchowski**, Vorsitzender Juso AG Lennetal
- **Oliver Busch**, Unterbezirksvorstand Märkischer Kreis
- **Panagiota Boventer**, Stellv. Vorsitzende AG Migration und Vielfalt in der NRWSPD
- **Patrick Gerhardt**, Juso AG Lüdenscheid
- **Petra Crone**, OV Kierspe
- **Petra Freudenreich**, Vorsitzende OV Meinerzhagen
- **Philipp Kallweit**, Vorsitzender Juso AG Lüdenscheid
- **Robin Busch**, Beisitzer OV Kierspe
- **Rolf Kaiser**, SV Iserlohn
- **Ronny Sachse**, Vorsitzender OV Nachrodt-Wiblingwerde
- **Sandra Henkel**, SV Lüdenscheid

- **Sascha Roncevic**, stellvertretender Bundesvorsitzender der SPDqueer
- **Sebastian Meisterjahn**, OV Menden
- **Siegfried Schittko**, OV Menden
- **Stephan Meyer**, OV Hemer
- **Stephan Renner**, Vorsitzender SPD-Fraktion Hürth
- **Thomas Kruber**, stv. Vorsitzender Juso AG Lüdenscheid
- **Thomas Vogtmann**, Vorsitzender OV Balve
- **Thorsten Janson**, OV Altena
- **Tobias Fricke**, SV Iserlohn
- **Tobias Lang**, Fraktionsvorsitzender in der Bezirksvertretung Gelsenkirchen-Süd
- **Uli Dettmann**, SPD-Vorsitzender Stadtbezirk Eving
- **Ullrich Daedelow**, Beisitzer OV Werdohl
- **Ulrike Wolfinger**, Vorstand Unterbezirk Märkischer Kreis
- **Vanessa Cox**, Juso AG Kierspe
- **Veit Vollmer**, Juso AG Lüdenscheid
- **Wolf und Angelika Seltmann**, SV Iserlohn
- **Wolfgang Fink**, SV Lüdenscheid
- **Wolfgang Rothstein**, Vorsitzender SPD-Kreistagsfraktion MK
- **Wolfgang Vöpel**, OV Herscheid
- **Zoe Berger**, Vorsitzende Juso AG Kierspe